|  |  |
| --- | --- |
|  | 01.07.2025  Briefaktion 13/25 **–**  **DEUTSCHLAND / AFGHANISTAN:**  *ehemalige Ortskräfte u.a.*  drohender Stopp von Evakuierung, drohende Folter |

|  |  |
| --- | --- |
| 🛈 | Fast 4 Jahre nach erneuter Machtübernahme der Taliban in Afghanistan sind weiterhin ehemalige Ortskräfte, die mit der deutschen Bundeswehr kooperiert haben, in Gefahr. Ortskräfte haben sowohl militärische Aufgaben übernommen als auch Übersetzungsdienste für die ausländischen Truppen geleistet.  Ebenfalls gefährdet sind Angehörige der Zivilgesellschaft aus den Bereichen Menschenrechte, Medien, Kultur oder Mitarbeitende der von den Taliban gestürzten afghanischen Regierung.  Der Afghanistan-Einsatz ausländischer Truppen war aufgrund ziviler Opfer vielfach umstritten. Wiederholt gab es Vorwürfe von Verletzungen der Menschenrechte und humanitärer Standards bei Kampfeinsätzen.  Der chaotische Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan im August 2021 hat wiederum all jene in ernste Gefahr gebracht, die mit der Bundeswehr und anderem ausländischen Militär kooperiert haben oder sich für eine demokratische Gesellschaft engagiert haben.  Seit 2021 hat Deutschland in mehreren Schritten ca. 36.000 gefährdete Personen, darunter Ortskräfte, aufgenommen. Es wurden Bundesaufnahmeprogramme eingerichtet, um die ehemaligen Kooperationspartner und besonders bedrohte Personengruppen zu evakuieren.  Die Ampel-Regierung machte im Juli 2024 keine weiteren Aufnahmezusagen. Kurz vor dem deutschen Regierungswechsel 2025 wurden dann nochmals Menschen, die aus Afghanistan nach Pakistan geflohen waren, nach Deutschland geflogen. Aus der CDU/CSU gab es zunehmend Kritik daran und es wurde gefordert, Bundesaufnahmeprogramme zu beenden.  Mehrfach wurden Befürchtungen geäußert, dass sich Straftäter oder Terrorverdächtige über die Programme einschleusen könnten. Tatsächlich bestätigten Ministerien einzelne Medienberichte über Mängel bei Sicherheitsüberprüfungen. Ein Außenamtssprecher erklärte jedoch auch, zu keinem Zeitpunkt seien Menschen ohne Sicherheitsüberprüfung nach Deutschland gekommen.  Im Koalitionsvertrag der aktuellen CDU/CSU-SPD-Bundesregierung heißt es: “Wir werden freiwillige Bundesaufnahmeprogramme soweit wie möglich beenden (zum Beispiel Afghanistan) und keine neuen Programme auflegen.”  Bis zu 2.600 afghanische Menschen warten derzeit in Pakistan auf ihre Evakuierung, einige seit über einem Jahr. Die Zahlenangaben zu den Personen variieren. Ein Teil von ihnen sollen Ortskräfte sein, die Mehrheit stammt möglicherweise aus der Zivilgesellschaft. Viele der Wartenden sollen Sicherheitsüberprüfungen durchlaufen haben. Berichten zufolge hat ein Großteil bereits eine Aufnahmezusage erhalten, sodass Deutschland verpflichtet wäre, der Zusage nachzukommen.  Mehrere Vertreter der Bundesregierung haben sich widersprüchlich zum Umgang damit geäußert. So bleibt es fraglich, ob die Geflüchteten aufgenommen werden. Kanzleramtsminister Frei (CDU) wurde zitiert, dass erteilte Zusagen nach Möglichkeit wieder entzogen werden sollten.  Die Geflüchteten haben vor ihrer Flucht oft ihr letztes Hab und Gut verkauft, da sie den Zusagen vertraut haben. Pakistan weist zunehmend Menschen nach Afghanistan aus, zumal die Visa ablaufen. Sollten die Evakuierungen nicht bald beginnen, drohen den Geflüchteten Abschiebungen sowie Folter und Mord, ihre Kinder könnten Opfer von Zwangsverheiratung werden. Einzelne Betroffene versuchen aktuell mit Unterstützung von Anwälten, durch Klagen vor deutschen Verwaltungsgerichten die Aufnahme zu erwirken.  Deutschland hat die moralische Verpflichtung, die Betroffenen in Sicherheit zu bringen.  Auch Bundeswehrsoldaten haben ihre Erwartung geäußert, den Kooperationspartnern Schutz zu geben. |
|  |  |
| **🖃** | Bitte schreiben Sie an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (und CDU-Vorsitzenden) und an den Stellvertreter des Bundeskanzlers (und SPD-Vorsitzenden). Die unterschriftsfertigen Briefe sollte möglichst wörtlich übernommen und allenfalls geringfügig verändert werden – bitte bleiben Sie höflich.  Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto nach Berlin 0,95 EUR**).  *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 30.08.2025.* |